

Rede zum Haushalt 2020 / 2021 der Stadt Dorsten
von Wilhelm Zachraj, DIE LINKE. Dorsten

Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

in diesem Jahr hat unsere Finanzverwaltung einen Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 erarbeitet. Ein schwieriges Unterfangen, nicht wegen der zwei Jahre, sondern weil sich ein riesiges Loch abzeichnete.

Es sollte 2020 ca. 5,7 Mio. €, und 2021 5,8 Mio. € betragen.

Durch „Sofortmaßnahmen“ sollte das Loch auf jeweils ca. 1,5 Mio. € in den beiden Jahren gesenkt werden.

Diese „Sofortmaßnahmen“ umfasste eine 11 Punkte lange Liste Maßnahmen.

Der größte Posten waren Anpassungen von Steuereinnahmen, Gewinnabführungen und Ertragsanpassungen an Ergebnisse der Vorjahre. Sie betragen jeweils ca. 2,6 Mio. €. Ich dachte, dass solche Anpassungen schon bei der Aufstellung des Haushaltsplans vorgenommen wurden.

Andere Posten waren weitere Anpassungen an die Entwicklung der Vorjahre.

Einige Ansetze sind aber kritisch zu sehen.

1. Absenken des zusätzlichen Zuschussbedarfes für die Betriebskosten der Kindergärten. Das bedeutet für 2020 knapp 300.000 €, für 2021 gut 355.000 € weniger für unsere Kinder.
2. Kürzen des ermittelten Bedarfs für Schulmöbel um 106.500 €.
3. Seit Jahren sind im Haushalt der Stadt nur 95 % der errechneten Kosten für das Personal vorhanden. 5 % der Arbeitsplätze sind also unbesetzt. Gegen durch Krankheit unbesetzte Arbeitsplätze kann die Verwaltung nur wenig machen. Doch gab es die Regel, dass freigewordene Arbeitsplätze erst nach einem Jahr wieder besetzt werden. Dieses führte zu großen Problemen. Schied eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter aus, mussten die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen die Arbeit mit erledigen. Ein ordnungsgemäßer Wissenstransfer fand nicht statt. In der letzten Zeit ist diese strenge Regel Gott sei Dank, auch auf Druck des Personalrates, aufgeweicht worden. Nun stand aber bei den „Sofortmaßnahmen“, dass nicht mehr 5, sondern 6,3 % der Arbeitsplätze unbesetzt bleiben sollten. Einsparpotential: jeweils eine halbe Million €. Ich komm später noch einmal darauf zurück.

Dann gab es „Weitere Sparvorschläge“:

Absenken des Mehrbedarfs bei der Feuerwehr um 100.000 €, Verzicht auf den Verkehrsentwicklungsplan, Einsparung 96.000 € und Verzicht auf Planung vernünftiger Ampelschaltungen, Einsparung 65.000 €.

Aber auch hier der größte Posten: 750.000 € Einsparung durch Stellenstreichung.

Dazu soll es aber nicht kommen. In der Vorlage zum letzten Haupt- und Finanzausschuss steht, dass jetzt 609.900 € beim Personalhaushalt eingespart werden sollen. Das wäre

dann eine Erhöhung der alten 5 % Marke nicht auf 6,3 %, sondern auf 7,5 %.
Das ist aus meiner Sicht nicht hinzunehmen.

Der Personalrat nimmt dazu wie folgt Stellung:

„Nach vielen Jahren auferlegter stringenter und für alle Kolleginnen und Kollegen schmerzhafter Sparbemühungen ist jetzt erneut kein Ende einschneidender Sparmaßnahmen in Sicht.

Im Gegenteil, es stehen weitere Verschärfungen an!

Die Beschäftigten haben in den letzten Jahren durch die stetig niedrige Personaldecke und eine für die Kolleginnen und Kollegen kaum wahrnehmbare Aufgabenkritik in hohem Maße dazu beigetragen, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Dorsten deutlich verbessert hatte. Diese im Städtevergleich sehr niedrige und sich am unteren Limit bewegende Personaldecke wurde uns bereits vor Jahren durch die Gemeindeprüfungsanstalt „bestätigt“!

Aber nicht nur für die Beschäftigten der Stadtverwaltung ist es nicht hinzunehmen.

Auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sind davon betroffen.

Längere Schlangen beim Bürgerbüro, längere Wartezeiten bei Terminen bei Anliegen in der Verwaltung, längere Bearbeitungszeiten für Bauanträge u.s.w.

Die Not ist groß in Dorsten!

Wie können wir da raus?

Der Schlüssel dafür liegt in Berlin und Düsseldorf!

Seit Jahren wird über die Entschuldung der Kommunen diskutiert. Vor zwei Jahren habe ich über die Forderung der Gewerkschaft ver.di nach einem kommunalen Entschuldungsfond, der „NRWKASSE“ berichtet.

Im letzten Jahr schien es so, als das es bald eine Lösung geben werde.

In der Zwischenzeit hat sich einiges bewegt.

Das Bundesfinanzministerium hatte die Forderung nach einer Altschuldenlösung in den Abschlussbericht der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ aufnehmen lassen, den das Kabinett am 10. Juni 2019 beschlossen hatte.

Die Forderung nach einer Altschuldenlösung wird neben den Kommunalen Spitzenverbänden auch vom DGB und vom arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft Köln, dem „IW“ unterstützt.

Zahlreiche Studien, z.B. von der Heinrich-Böll-Stiftung oder der Rosa-Luxemburg-Stiftung belegen die Richtigkeit der Forderung.

Auf der Internetseite „Der Neue Kämmerer“ wird auch die Forderung erhoben unter dem Titel: *„Kommunale Entschuldung – jetzt oder nie!“*

Dort wird festgestellt:

„Sozioökonomische Disparitäten sind nicht nur ungerecht, sondern auch gesellschaftlich und politisch destabilisierend.“

Es ist gut, dass immer mehr Institutionen sich den langjährigen Forderungen der LINKEN annähern.

Meist bleiben die Ansätze zur Lösung aber im System. „Wir können nur das Geld ausgeben, das wir haben.“

ver.di fordert aber folgendes:

- eine Millionärsabgabe (zehn Jahre lang jährlich)
- die Vermögenssteuer (dauerhaft)
- höhere Steuer auf große Erbschaften
- höhere Steuern auf Kapitalerträge und hohe Einkommen, geringere auf niedrige Einkommen
- mehr Steuern von finanzstarken Unternehmen
- Finanztransaktionssteuer
- besserer Steuervollzug, Steuerbetrug bekämpfen

Diese würde insgesamt Mehreinnahmen jährlich von 100 Milliarden Euro in die Staatskasse bringen.

Dass sind Forderungen, die umgesetzt werden müsse, wenn wir unseren Kindern und Enkeln ein lebenswertes Land hinterlassen wollen.

Die zu bewältigenden Aufgaben sind groß. Wir hier vor Ort sehen sie. Sanierung und Instandhaltung von Schulen Straßen, Brücken und der anderen Infrastruktur werden riesige Summen verschlingen.

Wenn wir dann noch an die wichtigste Zukunftsaufgabe der Menschheit denken, die Verhinderung, bzw. Begrenzung des Klimawandels, wird die Dringlichkeit nach einem Finanzumsteuern besonders deutlich.

Was können wir tun, was haben wir schon getan?

Wir haben eine gemeinsame Resolution verfasst. Gut.

Was hat sie bewirkt? Ich konnte noch nichts feststellen.

Also müssen wir uns was Anderes überlegen.

Wie wäre es, wenn wir den Entscheidungsträgern in Berlin und Düsseldorf mal „auf den Pelz“ rücken würden?

Vielleicht mit den ebenso betroffenen Kommunen aus der Region?

Aus jeder Stadt ein Bus mit Stadträten und Bürgern?

Wir könnten dann unseren Kindern und Enkeln sagen wenn sie Fragen, dass wir alles versucht haben.

Bis dahin lehne den Haushalt 2020 / 2021 ab.